

schen Reiches, dem germanischen Rechte treu geblieben. Unser Benefizialrecht, unsere Auffassung von Amt und Pfründe, Eigentumsrecht, Aufbau der Landdiözesen, kirchliche Verwaltung, Organisation und Verfassung der Domkapitel, weite Gebiete des Ordensrechtes, Eherecht und Prozeßverfahren tragen noch im Codex Iuris Canonici vom Jahre 1917 germanische Züge. Die kleine und an sich bedeutungslose Tatsache, daß auch nach dem neuen kirchlichen Gesetzbuch die Verwandtschaftsgrade nach germanischer, im deutschen BGB jedoch nach römisch-rechtlicher Art gezählt werden, gibt eben doch ein bezeichnendes Bild der Lage.

Aus dem gesunden sicheren Instinkt, der die Kirche des 11. Jahrhunderts im Kampfe gegen gefährliche Einrichtungen germanisch-rechtlicher Herkunft leitete, haben sich führende Kreise der römischen Kirche später auch gegen das aufstrebende römische Recht gewehrt. Und wenn zwischen der Rezeption des römischen Rechts und dem Eindringen eines zügellosen Individualismus und absolutistischer Staatsomnipotenz nicht bloß der Zufall, sondern ein ursächlicher Zusammenhang besteht, dann läßt sich die Abwehrhaltung der mittelalterlichen Kirche gegen dieses Recht verstehen. Sie ahnte die Einbuße an wahrhaft christlicher, sozialer Kultur und die schweren Angriffe, die sich gegen ihre Unabhängigkeit und Freiheit erheben sollten. Dabei bleibt bestehen, daß die Kirche — und mit ihr alle wahren Kenner der Rechtswissenschaft — die begriffliche und eigentlich juristische Überlegenheit des römischen Rechtes rückhaltlos anerkennt und schätzt. Sie würde es als Fehlgriff betrachten, wenn man dieses gewaltige Gedankengut, die Frucht intensiver Geistesarbeit und erprobter Erfahrung eines großen Kulturvolkes, bei dem das Abendland jahrhundertlang in die Schule ging und auch in Zukunft gehen muß, einfach beiseite schieben wollte.

Aber die Kirche könnte es auch begrüßen, wenn das deutsche Volk, auf seine edelsten Rechtsgrundlagen sich besinnend, ein neues Recht sich schaffen wollte. Denn sie weiß, daß ein solches Beginnen, gewollt oder ungewollt, eine Rückkehr zum deutschen Mittelalter bedeuten würde und damit zu jener Kulturperiode, in der bestes germanisches Wollen und christliches Empfinden sich die Hände reichten zum Aufbau des Sacrum Imperium.

Wesensgefüge des Nationalbolschewismus

Von Hans Richard Mertel.

Roter „Nationalismus“

Nationalismus und Kommunismus sind schroffe Gegensätze. Hier gelten die Worte Lenins: „Marxismus und Nationalismus sind unversöhnlich... Jeglichen Nationalismus sucht der Marxismus durch einen Internationalismus, durch das Verschmelzen der Nationen zu einer höheren Einheit zu ersetzen.“ Trotz dieser grundsätzlichen Gegnerschaft berühren sich die beiden Richtungen in ihrem, allerdings aus verschiedenartigen Beweggründen geführten Kampf gegen Versailles und die im-

perialistischen Westmächte. Daraus sind in den Nachkriegsjahren Querverbindungen zwischen revolutionärem Nationalismus und revolutionärem Marxismus entstanden. Als Ideal schwebt den „Nationalbolschewisten“ der Revolutionskrieg gegen die Versaillermächte an der Seite Sowjetrußlands vor. Ernst Niekisch kämpfte bereits 1919, damals noch als Sozialdemokrat, für eine „rote Front am Rhein“.

Im deutschen Kommunismus gab es immer schon nationalbolschewistische Unterströmungen, die hauptsächlich in der Zeit von 1919 bis 1923 und nach 1930 in Erscheinung traten. Unmittelbar nach der Revolution war die nationalbolschewistische Richtung verkörpert von der ursprünglich sehr starken, nach ihrer Verurteilung durch Lenin aber zusammenschrumpfenden Kommunistischen Arbeiterpartei sowie vom Bund der Kommunisten, beide in Hamburg. Der Bund der Kommunisten formulierte ein ausgesprochen nationalbolschewistisches Programm, in dem die Einbeziehung der Auslandsdeutschen in die „Kommunistische Republik Deutschland“ sowie die Bewaffnung des Proletariats und die Führung eines Revolutionskrieges gegen Frankreich gefordert wurden. Diese Gruppen knüpften Verbindungen mit den Freikorps und den Organisationen der radikalen Rechten an. In Hamburg entstand die „Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus“, die von den Führern der Kommunistischen Arbeiterpartei, Laufenberg und Wolffheim, stark beeinflusst wurde. Sekretär der „Freien Vereinigung“ war der später als Publizist und Mitherausgeber der Halbmonatsschrift „Deutsches Volkstum“ (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg) bekannt gewordene Albrecht Erich Günther. A. E. Günther gründete einen eigenen Verlag, der die aufsehenerregende Schrift des Berliner Justizrats Krüpfgantz „Der Kommunismus — eine nationale Notwendigkeit“ herausbrachte. Besonders Widerhall fanden die nationalkommunistischen Gedankengänge in den Freikorps, deren Geist der ehemalige Freikorpsführer Hauptmann a. D. Peter v. Heydebreck in seinem Buch „Wir Wehrwölfe“ (Verlag Köhler, Leipzig) ausgezeichnet schildert.

Der „Nationalbolschewismus“ vieler kommunistischer Führer und Parteianhänger, der sich in diesen Jahren spontan äußerte, war bis zu einem gewissen Grade ehrlich gemeint. Es waren nicht nur leere Worte, wenn Wolffheim in seiner am 6. November 1918 auf dem Heiligen-Geist-Feld in Hamburg gehaltenen Aufstandsrede nach einem freien Volk in Waffen rief und wenn die Münchener Kommunisten in Massenversammlungen im Zirkus Krone den Revolutionskrieg gegen Frankreich forderten. Die gefühlsmäßige nationalbolschewistische Einstellung vieler Jungkommunisten fand auch in Taten, wie z. B. in dem Vorgehen bewaffneter kommunistischer Stoßtrupps gegen die Separatisten am Düsseldorfer Totensonntag und in der Teilnahme zahlreicher Kommunisten am Ruhrkampf ihren Ausdruck.

Im Jahre 1921, als der Nationalbolschewismus in Deutschland besonders im Schwange war, griffen die Sowjetmachthaber ein. Karl Radek, damals Leiter der Komintern, schrieb gemeinsam mit dem deutschen Kommunisten Thalheimer eine Broschüre „Gegen den Nationalbolsche-

wismus“, in der er gegen die vom marxistisch-leninistischen Dogma Abgeirrten scharf polemisierte. Um dieselbe Zeit erschien Lenins Schrift „Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus“, die sich mit dem gleichen Thema befaßte. Doch die Ereignisse waren stärker als selbst Lenin. Es erwies sich, daß die Russen die Bedeutung der nationalbolschewistischen Strömungen im deutschen Kommunismus unterschätzt hatten. Im Jahre 1923, zur Zeit des Ruhrkampfes, trat in der KPD. selbst eine nationalbolschewistische Welle auf.

Diesmal stemmte sich Radek dieser machtvollen Bewegung nicht offen entgegen, sondern er unternahm den Versuch, sie ins rein Taktische umzubiegen. Der „Nationalbolschewismus“ wurde zum wirksamen kommunistischen Propagandamittel in den rechtsradikalen Kreisen. Radek selbst hielt am 20. Juni 1923 in der Sitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Rede „Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts“, in der er Schlageter als den „Martyrer des deutschen Nationalismus“, als den „mutigen Soldaten der Konterrevolution“ feierte, der es verdiene, von den Soldaten der Revolution männlich-ehrflich gewürdigt zu werden. Scharnhorst und Gneisenau wurden zitiert und alle nationalen Register gezogen. Die bolschewistische Propaganda verstand der Redner geschickt damit zu verbinden¹.

Auf diese Rede hin setzte eine große Aussprache zwischen Radek und dem „Vater des Dritten Reiches“, dem „konservativen Revolutionär“ Moeller van den Bruck, im „Gewissen“ sowie zwischen Radek und dem Grafen Reventlow im „Reichswart“ und in der „Roten Fahne“ über die Möglichkeit eines Zusammengehens zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken ein. Graf Reventlow scheint allerdings anfänglich den roten „Nationalismus“ ernster genommen zu haben, als er es verdiente. Vor etwas über Jahresfrist schrieb er in einem Aufsatz in der „Tat“, dem er bezeichnenderweise denselben Titel gab, wie seinem letzten Artikel in der „Roten Fahne“ („Ein Stück Wegs?“):

„Die Auseinandersetzung zog sich ziemlich lang hin und wurde schließlich kommunistischerseits auf die Ansicht zugespitzt, man könne auf alle Fälle ein Stück Wegs zusammengehen. Dieses Stück Wegs wurde zum Schlagwort, ich setzte es, aber mit einem Fragezeichen versehen, über meinen letzten Aufsatz in der „Roten Fahne“, der eben diese Frage verneinte, also ablehnte, auch nur für ein „Stück Wegs“ auf der von Radek bezeichneten Linie zusammenzugehen. Die kommunistischen Auslassungen hierzu ließen erkennen, daß es sich um einen großangelegten Versuch zur Übertölpelung jener nationalen und aktivistischen Deutschen handelte.“²

Mit dem Ende des Ruhrkampfes waren die nationalbolschewistischen Strömungen in der KPD. auf Jahre hinaus lahmgelegt, und auch die Zentrale hatte keine Ursache, den „Nationalbolschewismus“ aus taktischen Erwägungen wieder auszugraben. Erst im Reichstagswahlkampf 1930,

¹ Die Rede findet sich im Wortlaut in Karl O. Paetels Zeitschrift „Die sozialistische Nation“, Heft 5, Mai 1931.

² „Die Tat“, Verlag Eugen Diederichs, Jena 1932, Märzheft.

als den Kommunisten im Nationalsozialismus ein übermächtiger Gegner erwuchs, stellten sie ihr „nationales“ Programm wieder heraus. Am 24. August 1930 veröffentlichte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, in der die Zerreißung des Versailler Vertrages und des Youngplanes, die Annullierung aller Tributzahlungen und Privat-schulden, die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker usw. versprochen wurden. In der Folgezeit arbeitete die KPD. noch öfter mit den innerlich unwahren, nur auf die Täuschung der nationalgesinnten Bevölkerungskreise abgestellten nationalbolschewistischen Parolen. Es sei hier nur auf das kommunistische „Bauernhilfsprogramm“ von 1932 hingewiesen.

Den kommunistischen Redensarten von der „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ sind tatsächlich schon zahlreiche aktive und revolutionäre Nationalsozialisten zum Opfer gefallen. Es erregte beträchtliches Aufsehen, als am 19. März 1931 der kommunistische Abgeordnete Kippenberger im Reichstag eine Erklärung verlas, mit welcher der wegen nationalsozialistischer Zellenbildung in der Reichswehr zu ein-einhalb Jahren Festungshaft verurteilte ehemalige Reichwehrleutnant Scheringer seinen Übertritt zu der KPD. begründete.

Diese Erklärung, die in Form eines Flugblatts in der Reichswehr verbreitet wurde, sowie einige „Offene Briefe“, die Leutnant Scheringer an frühere Offiziere und SA-Führer richtete, haben sehr zersetzend gewirkt. Am 18. März 1931 war Scheringer zu der KPD. übergetreten. Am 1. Juli 1931 erschien die erste Nummer der von einer Gruppe ehemals führender Nationalisten herausgegebenen Monatsschrift „Aufbruch“, die sich selbst als „Kampfblatt im Sinne des Leutnants a. D. Scheringer“ bezeichnete. Über die Aufgaben dieser Zeitschrift sagte Scheringer in seinem zweiten Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht:

„Ich wollte im ‚Aufbruch‘ (einer Zeitschrift, die von ehemaligen Offizieren herausgegeben wird) dafür wirken, daß ein solches Interventionskorps gegen Sowjetrußland auf der Hinterhand kehrt macht und meutert. Ich wollte jenen Geist mitbilden helfen, der die 19. Kantoner Division, die als bolschewistisch verschrien ist, zu der Truppe machte, die allein den Kampf gegen den Überfall des japanischen Imperialismus auf Schanghai führte. Ich bin im Ulmer Prozeß noch ein Rebell gewesen, aber ich will heute als Meuterer dastehen, in der Reihe jener, die dem Beispiel des Leutnants Schmidt vom Panzerkreuzer Potemkin, dem Beispiel André Martys, des Anführers des Aufstandes der revolutionären Matrosen der französischen Kriegsflotte, die zur Niederschlagung des Rätestaates entsandt worden waren, folgten.“³

An der Spitze der ersten Nummer des „Aufbruchs“ standen in dicken Lettern die Worte Lenins: „Machen wir die Sache des Volkes zur Sache der Nation, dann wird die Sache der Nation die Sache des Volkes sein.“ Es folgte ein nationalbolschewistischer Aufruf, der von 13 früheren Offi-

³ „Scheringer“, hrsg. von der Roten Hilfe Deutschlands, Tribunalverlag Berlin.

zieren und Führern nationaler Verbände „in Übereinstimmung mit ihrem Kameraden Scheringer“ unterzeichnet war.

In der Folgezeit bildeten sich in verschiedenen deutschen Städten, so in Berlin, Hamburg, Nowawes, Potsdam, Breslau, Goslar, Suhl, Mühlheim, Gelsenkirchen, München, Nürnberg usw. Aufbruch-Arbeitskreise (A.A.K.), die sich in der Hauptsache aus früheren Offizieren zusammensetzten und sozusagen den roten Bürgerkriegs-Generalstab darstellten. Die Aufbruch-Arbeitskreise fanden 1932 in dem Hauptmann a. D. Dr. iur. Beppo Römer einen fähigen Führer. Römer ist weiten Kreisen als der frühere Führer des Freikorps Oberland bekannt. Seine Beziehungen zu den Kommunisten sind schon älteren Datums. Bereits in den Jahren 1921 und 1922 hat er dem damaligen kommunistischen Landtagsabgeordneten Otto Graf in München aus der Oberlandkasse 350 000 und 150 000 Mark zur Verfügung gestellt; diese Summe soll zur Finanzierung der „Neuen Zeitung“ verwendet worden sein. Graf entwickelte in Sitzungen mit Führern des Bundes Oberland ein nationalbolschewistisches Programm. Im Verlaufe eines ehrengerichtlichen Verfahrens wurde Römer dann aus dem Bunde entfernt.

Der „Aufbruch“, der sich immer mehr zu einem militärpolitischen Blatt entwickelt hatte, wurde von der nationalen Regierung verboten. Hauptmann a. D. Beppo Römer befindet sich, wie auch verschiedene seiner engeren politischen Freunde, in Schutzhaft.

Bündische Jugend und Nationalbolschewismus

Der Nationalbolschewismus ist eine geistige Bewegung, die krampfhaft nach einer Synthese zwischen revolutionärem Nationalismus und revolutionärem Marxismus sucht. Mehrere extrem nationalbolschewistische Gruppen sind hervorgegangen aus der bündischen Jugend, und zwar aus den „freien“, d. h. religiös und weltanschaulich indifferenten Bünden. Es führen gewisse Verbindungen vom Wandervogel zum Lager der bolschewistischen Weltrevolution. Die merkwürdige Erscheinung, daß eine an sich so widersinnige Idee wie der Nationalbolschewismus in den Kreisen der bündischen Jugend verhältnismäßig reiche Ernte halten konnte, ist einerseits auf das politische und weltanschauliche Versagen der Bünde, anderseits aber auf die revolutionäre Grundhaltung des Wandervogels zurückzuführen, die der Schriftleiter des überbündischen Blattes „Die Kommenden“, Erich Röth, wie folgt kennzeichnet: „Der Aufstand des Wandervogels vor dreißig Jahren war der erste große Aufstand seit Menschenaltern gegen die Sattheit und Behäbigkeit des bürgerlichen Lebens — Protest und nichts als Protest gegen eine Welt der Unjugendlichkeit, gegen wesenlose Form und gesellschaftliche Lüge... Unter den Verboten verständnisloser Jugenderzieher wuchs, oft im tiefsten Sinne illegal, eine Bewegung heran, die das Entsetzen aller ‚gesitteten‘ Bürger und der heimliche Gram sorgender Tanten beiderlei Geschlechtes war.“⁴

Aus diesem jungenhaften, zwar nicht immer unberechtigten, aber rein

⁴ „Die Kommenden“, Nr. 36 vom 4. September 1932.

negativen Protest gegen das Bestehende erwuchs immer mehr eine bewußt revolutionäre Gesinnung. Die an Haß grenzende Abneigung gegen das Bürgertum machte die jungen Menschen innerlich reif für klassenkämpferisches Denken und proletarisches Empfinden.

Gemäß dem in der bündischen Jugend herrschenden Grundsatz von Führung und Gefolgschaft sammelten sich nach dem Kriege zahlreiche Mitglieder der Bünde um nationalrevolutionäre Zeitschriften, wie den „Vormarsch“ und die „Standarte“. Sehr stark kam der von dem früheren Hauptschriftleiter der „Kommenden“, Karl O. Paetel, proklamierte „bündische Sozialismus“ zum Durchbruch, der sich, wie die Folgezeit erwies, vom Kommunismus nicht wesentlich unterscheidet.

Recht interessant ist es, den Wegen zu folgen, die die früheren Herausgeber des überbündischen Blattes „Die Kommenden“, Ernst Jünger und Werner Laß, sowie der einstige Hauptschriftleiter dieser Zeitung, Karl O. Paetel, gegangen sind.

Paetel wurde Führer der Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten (Nationalkommunisten) und Herausgeber der Zeitschrift „Die sozialistische Nation“. Er blieb jedoch gleichzeitig mit dem Kreis der „Kommenden“ in freundschaftlicher Verbindung. Der heute Siebenundzwanzigjährige war früher Schriftleiter an dem — inzwischen längst eingegangenen — Hauptorgan der Deutschvölkischen Freiheitspartei, dem Deutschen Tageblatt in Berlin gewesen und dann auf dem Wege über die Kampfverlagspresse der Brüder Gregor und Dr. Otto Strasser („Der nationale Sozialist“, „Berliner Arbeiterzeitung“ usw.) zum Sozialismus gekommen. In der Folgezeit war er Mitarbeiter der „Standarte“ und des „Vormarsch“, dann Hauptschriftleiter der Monatsschrift „Das junge Volk“ und des Wochenblattes „Die Kommenden“. Vorübergehend arbeitete er auch in der Altsozialistischen Partei mit August Winnig und Ernst Niekisch zusammen.

Die „sozialrevolutionären Nationalisten“ Paetels haben sich als erste Gruppe selbst den Namen „Nationalkommunisten“ bzw. „Nationalbolschewisten“ beigelegt. Das Programm der Paetelgruppe deckt sich in seiner Zielsetzung fast restlos mit dem kommunistischen, von dem es sich aber durch die Begründung seiner Forderungen, insbesondere durch die Blickwendung auf die Nation, unterscheidet. Paetel fordert die Brechung des kapitalistischen Systems, den großdeutschen Volksrätestaat, die Sozialisierung aller Groß- und Mittelbetriebe sowie den Kampf gegen die Versaillesmächte an der Seite Sowjetrußlands. Dieses Ziel möchte der „sozialrevolutionäre Nationalismus“ erreichen durch eine verschärfte Durchführung des Klassenkampfes gegen die Besitzenden und die Bildung einer nationalbolschewistisch-kommunistischen Einheitsfront.

Ergänzt wird dieses 1930 herausgegebene Programm durch das vor einigen Monaten erschienene „Nationalbolschewistische Manifest“ von Karl O. Paetel. Paetel leitet sein „Manifest“ mit einer Vision ein. Die sozialistische Revolution ist in Deutschland ausgebrochen. Am Kölner Dom flattert die rote Fahne. Die Revolutionsregierung verkündet durch einen Funkspruch die Sozialisierung der Produktionsmittel, Rätewahlen, Zer-

reißung des Versailler Vertrages und Revolutionskrieg gegen die anrückenden Westmächte. Unabsehbare Kolonnen ziehen über die Rheinbrücken, Kommunisten mit Hammer und Sichel auf roten Fahnen, der Stahlhelm mit Schwarz-Weiß-Rot, die Nationalsozialisten mit ihren Hakenkreuzfahnen, alles versehen mit dem roten Wimpel des revolutionären Aufstands. Im Hintergrund, alles überragend, der schwarze Preußenadler. Über den Ausgang der ersten Schlacht vermeldet Paetel leider nichts. Jedenfalls ist diese „Vision“ das Produkt einer blühenden Phantasie...

Die neuerdings ziemlich viel gebrauchte Bezeichnung des Nationalbolschewismus als „preußischer Bolschewismus“ scheint uns sehr treffend. Und zwar trifft sie nicht nur auf die Widerstandsbewegung von Ernst Niekisch zu, für die sie ursprünglich geprägt wurde, sondern auch für die „sozialrevolutionären Nationalisten“ Paetels. Karl O. Paetel legt in seinem „Nationalbolschewistischen Manifest“ ein begeistertes Bekenntnis zum Preußentum ab. Er sagt u. a.:

„Aber das Lebensschicksal des Preußischen Offiziers Trenck z. B. zeigt, worum es geht: Persönlich durch den König in die schmerzlichsten Tiefen gestürzt, früherer Günstling des Königs, Geliebter seiner Schwester, nach neun Jahren unmenschlichen Leidens in den Kasematten von Magdeburg, widmet er am Ende eines zerstörten Lebens seine Lebensbeichte dem Geiste Friedrichs des Einzigen.

Hier wird deutlich, daß es im Preußischen Raum keinen Eid auf Abruf gibt.

Nur von dieser Gesinnung, die die Deutschen von Morgen an die Sozialistische Nation zu verbinden vermag, — einmalig, unwiderruflich — wird Deutschland leben. Und deshalb:

Preußen muß sein.

Preußen als Haltung.

Preußen als Prinzip.

Preußen als geistige Wirklichkeit.

So wie es Moeller van den Bruck formuliert:

Auf Preußen kann Deutschland nicht verzichten, weil es auf Preußentum nicht verzichten kann.

Preußentum, das ist der Wille zum Staate und die Erkenntnis des geschichtlichen Lebens als eines politischen Lebens, in dem wir als politische Menschen handeln müssen. („Der preußische Stil“, Piper & Co., München).“

Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die Tugenden des guten, echten Preußentums, Einfachheit, Hingabe an den Staat, Sauberkeit und treue Pflichterfüllung, dem ganzen deutschen Volke zum Segen gereichen können. Doch ist es ein Unsinn, wenn Karl O. Paetel Männer wie Friedrich den Großen, Trenck, Moeller van den Bruck und auf der andern Seite Marx, Lenin, Stalin, also Persönlichkeiten, die zwei entgegengesetzte Welten verkörpern, auf eine gemeinsame Linie zu bringen versucht.

Am Schluß seines „Nationalbolschewistischen Manifests“ richtet Karl O. Paetel an Werner Laß und die „Eidgenossen“, an Ernst Niekisch und

den „Widerstandskreis“, an Rolf König und den „Jungen Kämpfer“, an G. Schild und die „Deutsche sozialistische Kampfbewegung“, an den Kreis um Friedrich Hielscher und das „Reich“, an die „Kommenden“, an das „Graue Korps“ und an die Diskussionszeitschrift „Der Gegner“ die Aufforderung, an der Schaffung einer einheitlichen nationalkommunistischen Bewegung mitzuarbeiten. Bereits für Weihnachten 1932 war, wie aus den „Nationalkommunistischen Rundbriefen“ hervorgeht, eine Führertagung der Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten (Nationalkommunisten) nach Berlin einberufen worden, die aber abgeblasen werden mußte. Gegenstand der Beratungen sollte die Gründung einer Nationalkommunistischen Partei sein. Glücklicherweise ward der Versuch dieser Parteigründung schon zum Scheitern verurteilt, ehe er überhaupt unternommen wurde. Während die Bedeutung der Paetel-Gruppe immer schon eine vorwiegend literarische war, sammelten sich in dem Bund der „Eidgenossen“, der von dem früheren Mitherausgeber der „Kommenden“, dem als Jugendführer bekannten Werner Laß, geleitet wird, die radikalen Aktivisten, die auch zur Führung des revolutionären Kampfes mit Revolver und Sprengstoff an der Seite der illegalen kommunistischen Organisationen bereit sind. Früher war Laß im „Altwandervogel“ und in der „Freien Jungenschaft Sturmvogel“ tätig gewesen, dann wurde er Führer der dem Freikorps Roßbach nahestehenden „Schilljugend“ und später der „Freischar Schill“. Als Älterenorganisation dieser Bünde schuf er die Organisation der „Eidgenossen“, die, zum großen Teil illegal, heute noch im ganzen Reiche Stützpunkte hat und während der letzten Jahre als einer der aktivsten Vorposten einer bolschewistischen Revolution in Deutschland galt.

Durch die Monatszeitung „Der Umsturz“, deren Name schon für ihren revolutionären Charakter bezeichnend ist, sollten jugendliche Wirrköpfe aus den Bünden für dieses Ziel geistig mobilisiert werden. Zahlreiche Querverbindungen führten von den „Eidgenossen“ hinüber zur KPD. und den auf rein kommunistischem Boden stehenden Aufbruch-Arbeitskreisen um den früheren Oberlandführer Hauptmann a. D. Beppo Römer und den ehemaligen Reichswehrleutnant Richard Scheringer. Die „Eidgenossen“ beteten die revolutionär-marxistischen Parolen nach bis zum Klassenkampf und zum proletarischen Atheismus⁵. Als junge Aktivisten bereiteten sie sich darauf vor, den Kampf um ein Sowjetdeutschland auf den Barrikaden auszutragen. So ist es sehr charakteristisch, daß der

⁵ In einer längeren Auseinandersetzung „Wirklichkeitssinn oder Gottlosen-dogma?“ schreibt Albert List im „Umsturz“, Nr. 10, Jahrgang 31/32: „Der marxistische Atheismus als ehrliche Form einer aus dem tätigen Leben geborenen Haltung ist für uns frömmere denn die pfäffische Unduldsamkeit müder Epigonen des heiligen Mittelalters. Ja noch mehr: Je erstarrter Ideen und Glaubensformen sind, desto hoffnungsloser unterliegen sie der materialistischen Abhängigkeit von gesellschaftlichen Interessen. So sehen wir heute überall die christliche Kirche ihre überlieferte Weltanschauung halb naiv, halb fanatisch zum Schutz ganz bestimmter Standesrechte und Ausbeutungsmöglichkeiten mißbrauchen. Sofern nun diese Privilegien und Ausbeutungspositionen sich als schädlich für deutsches Volkstum und seine staatliche Einordnung erweisen, müssen wir im Bunde mit den Marxisten sie selbst ebenso wie die ideologischen Religionskulissen entlarven und bekämpfen.“

„Umsturz“ durch eine Anzeige seines Buchvertriebs seinen Lesern regelmäßig die folgenden teuren militärischen Spezialwerke zum Kaufe anbot: „Der Infanterist. Das große Unterrichtsbuch. Mit vielen Abbildungen...“, „Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei innern Unruhen“ (der Verfasser dieses Buches ist ein aktiver Polizeioffizier), „Die Stielhandgranate und ihr Gebrauch im Nahkampf“, „Bilderbuch für leichtes Maschinengewehr“, „Bilderbuch für schweres Maschinengewehr“, „Das Gewehr 98 mit kurzer Schießlehre“ usw.

Den „Eidgenossen“, die mehr Tatmenschen als Literaten sind, ist es ernst mit ihrem Willen zur sozialistischen Revolution, und es ist kaum zu bezweifeln, daß sie jetzt Hand in Hand mit den illegalen Resten der KPD. und des Rotfrontkämpferbundes, ihre Verschwörerarbeit fortsetzen. Anfang März 1933 entdeckte man im Verlauf der Polizeiaktion gegen die Kommunisten und „Eidgenossen“ im Westharz ein riesiges Sprengstofflager, das sich im Walde befand und auf raffinierte Weise versteckt war. Die Bergung des Sprengstoffes wurde durch Pioniere vorgenommen. Ein Teil des Sprengstoffes ist von den Kommunisten und „Eidgenossen“ für Übungen, die sie in den Wäldern von Hannoversch-Gmünd durchgeführt hatten, verwendet worden. So hatten die Täter beispielsweise selbstgebaute Brücken in die Luft gesprengt, um sich für die Sprengung von wirklichen Brücken und Bahnkörpern zu schulen.

Die starke Verbreitung nationalbolschewistischer Gedankengänge in bündischen Jugendkreisen zeigt, wie leicht die „freien“ Jugendbünde, die nicht im Christentum einen festen religiösen und weltanschaulichen Halt haben, zu Helfershelfern des nackten, blutroten Bolschewismus herabsinken können.

Die schwarze Front

Die schwarze Front ist keine Organisation, der man beitreten und von der man sich durch eine Austrittserklärung wieder lösen kann, sondern sie ist eine allumfassende und unsichtbare Gesinnungsgemeinschaft, deren Glieder oft äußerlich ganz verschiedenen, ja einander entgegengesetzten politischen Richtungen angehören. „Sie ist ein großer heimlicher Kampfbund, dessen Glieder kenntlich sind durch eine allen gemeinsame Haltung, Gesinnung und Tatbereitschaft. Zur schwarzen Front gehören Gruppen und einzelne. Gruppen wie die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, Oberland, Bündische Reichschaft, Das kämpfende Landvolk, Gruppen der bündischen Jugend, Kreise, die sich um die Zeitschriften ‚Die Tat‘, ‚Widerstand‘, ‚Die Kommenden‘, ‚Die junge Mannschaft‘ und um Persönlichkeiten wie Hans Schwarz und Albrecht Erich Günther scharen und viele andere. Zur schwarzen Front gehören die Teile der nationalsozialistischen Hitlerpartei, die im Gegensatz zu der liberalen Führung der Partei stehen und sich um Gregor Strasser, Graf Reventlow und Erich Koch sammeln, gehören große Teile der Arbeiterschaft, vor allem der Arbeiterjugend, gehören Menschen des Stahlhelms, des Jungdeutschen Ordens und des Roten Frontkämpferbundes“ (Richard Schapke, Die schwarze Front, Verlag W. R. Lindner, Leipzig).

Der organisatorische Mittelpunkt der schwarzen Front war in den letzten Jahren die von Dr. Otto Strasser, Herbert Blank und Major Buchrucker (der Letztgenannte war früher Führer der Schwarzen Reichswehr!) geführte „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“, die unter den geänderten politischen Verhältnissen wohl ihre Wirksamkeit beendet haben dürfte. Die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten bezeichnete sich selbst als „Spartakusbund“, als „leninistischen Kampfkreis der Deutschen Revolution“ (Schapke). Der Otto Strasser-Kreis war schon innerhalb der N.S.D.A.P. durch eine schärfere, an das Klassenkämpferische grenzende Betonung des sozialistischen Gedankens bekannt gewesen, und diese Einstellung kam auch in dem auf dem 1. Reichskongreß der „Kampfgemeinschaft“ (26./27. Oktober 1930 zu Berlin) aufgestellten Programm zum Ausdruck. Das Programm wendet sich gegen den Versailler Vertrag und die auf ihm begründeten internationalen Abmachungen. Es proklamiert die Freiheit der deutschen Nation, verlangt genügend Lebensraum für unser Volk und bekennt sich grundsätzlich zur Entscheidung des Krieges. Unter Verwerfung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bekennen sich die „Revolutionären Nationalsozialisten“ zum korporativen Sozialismus. Bezeichnend ist, daß die Otto Strasser-Richtung im Gegensatz zur N.S.D.A.P. das Recht auf Privateigentum verneint. Die „Kampfgemeinschaft“ fordert in ihrem Programm die Überführung von Grund, Bodenschätzen usw. in das Eigentum der Nation. Der gegenwärtige „Eigentümer“ soll nur Lehensträger der Gesamtheit sein. Am Schluß heißt es: „Die deutsche Revolution stürzt das Weltbild der großen Französischen Revolution und formt das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Sie ist nationalistisch — gegen die Versklavung des deutschen Volkes; sie ist sozialistisch — gegen die Tyrannei des Geldes; sie ist völkisch — gegen die Zerstörung der deutschen Seele — alles aber nur um der Nation willen. Und um dieser Nation willen scheut die deutsche Revolution vor keinem Kampf zurück, ist ihr kein Opfer zu groß, denn Deutschland muß leben.“

Außenpolitisch forderte die „Kampfgemeinschaft“ ein Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Westen. Überhaupt ist die Forderung nach einer Ostorientierung der deutschen Außenpolitik allen nationalbolschewistischen Gruppen gemeinsam.

Aus dem 2. Reichskongreß der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten auf Burg Lauenstein (2. bis 4. Oktober 1931) wurde ein „Aktionsprogramm“ verkündet, das sich u. a. gegen die Heiligkeit des Privateigentums wendet. Die schwarze Front, so heißt es, erstrebt die totale Revolution. In den Lauensteiner Richtlinien finden sich verhängnisvolle Irrtümer. Wir lesen dort z. B.:

„So bekennt sich die schwarze Front zur Deutschen Revolution, sozialistisch im Wirtschaftlichen, nationalistisch im Staatlichen, völkisch im Kulturellen, und kämpft daher mit unerbittlicher Härte gegen die Front des Systems, gleichgültig, ob über dieser Front der Reaktion die schwarz-weiß-rote Fahne der konservativen Reaktion oder die schwarz-rot-goldene Fahne der liberalen Reaktion flattert.“

Sie weiß, daß die gleiche Gegnerschaft zur Front des Systems eine Bundesgenossenschaft zwischen ihr und der roten Front, der Front der liberalen Revolution, schafft, aber sie ist sich bewußt, daß diese Bundesgenossenschaft am Tage des Sturzes des Systems endet, und daß dann der Kampf zwischen Schwarz und Rot um die Gestaltung der deutschen Zukunft sich entscheidet.“

Widerchristlich und vor allem bewußt antikatholisch ist die Weltanschauung der schwarzen Front. Zwar schreibt Dr. Otto Strasser in seiner Broschüre „Aufbau des Deutschen Sozialismus“ (Verlag W. R. Lindner, Leipzig), daß er sich nicht die Kraft und die Aufgabe zutraue, den Inhalt jenes Deutschen Gottesglaubens (sic!), der das religiöse Leben der nächsten 150 Jahre erfüllen werde, näher zu bestimmen. Seine Zeitung „Die Schwarze Front“ aber gab die Parole aus: „Gegen Rom, über Wittenberg hinaus!“ Die schwarze Front erstrebt also, ähnlich wie das Geistchristentum Dr. Dinters, die „Vollendung der Reformation“.

In der Programmschrift „Aufbau des Deutschen Sozialismus“ verlangt Otto Straßer die Trennung von Kirche und Staat. In seinem Blatt „Die Schwarze Front“ läßt er dazu ergänzend schreiben:

„Wie verhalten sich Nationalsozialismus und Katholizismus ihrer Wesenheit gemäß zueinander? Zwar hat die Parteileitung der Hitlerpartei eine offizielle Schrift über diese Frage veröffentlicht, in der sie als parteiamtliche Meinung darlegt, daß kein Nationalsozialist in irgend einen Widerspruch zu den Lehren des Katholizismus und den Anordnungen der katholischen Kirche käme, aber dennoch fühlen die nationalsozialistischen Kämpfer in Schleswig-Holstein, in Pommern und Brandenburg, in Sachsen und Ostpreußen, daß Katholizismus und Nationalsozialismus ihrer Natur nach Todfeinde sind und Todfeinde bleiben, so daß grundsätzlich der Satz gilt, daß ein guter Katholik kein guter Nationalsozialist, ein guter Nationalsozialist kein guter Katholik sein kann. Denn tiefer als alle taktischen Folgerungen der Legalitätspolitik ist der völkische Charakter des Nationalsozialismus im Fühlen aller Nationalsozialisten verankert, und dieser völkische Charakter stempelt den Nationalsozialismus zum Todfeind Roms.“

Hervorzuheben ist, daß Otto Strasser hier nur im Namen seiner kleinen, sich im völkischen Radikalismus überstürzenden Sekte „Revolutionärer Nationalsozialisten“ und nicht für die große Nationalsozialistische Partei spricht. Sowohl der Reichskanzler wie auch die andern maßgebenden Führer und ein Großteil der Anhängerschaft der N.S.D.A.P. nehmen zu dieser Frage eine ganz andere Stellung ein. Es sind die Voraussetzungen für eine erquickliche Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat vorhanden, und diese Zusammenarbeit ist jetzt im Reichskonkordat noch fester verankert worden.

Oberlandkameradschaft und Widerstandskreis

Nach einer Reihe von schweren innern Auseinandersetzungen erwuchs 1923 aus dem Freikorps Oberland bzw. der Kompanie Oberland des Zeitfreiwilligenregiments München der „Bund Oberland e. V.“ unter der politischen Führung des Tierarztes Dr. Weber. Die militärische Leitung

(Leitung des „Wanderamtes“) übernahm Generalmajor a. D. Adolf Aechter, München, der heute noch in der Oberlandkameradschaft eine führende Rolle spielt. Bekanntlich gehörte „Oberland“ 1923 dem Deutschen Kampfbund an, der unter der Führung Adolf Hitlers stand. Wegen Beteiligung am „Hitlerputsch“ wurde der Bund dann aufgelöst und verboten und sein Führer, Dr. Weber, zu einer Festungsstrafe verurteilt. Die Mitglieder schlossen sich dem Schützen- und Wanderbund an. Im Februar 1925, als das Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei fiel, wurde auch der Bund Oberland wieder freigegeben. Dr. Weber übernahm neuerdings die Führung. Der als reiner Wehrverband aufgezugene Bund war ein Sammelsurium aller möglichen politischen und weltanschaulichen Bekenntnisse und trug daher den Keim der Zersetzung in sich. Die aktivistischen Elemente wanderten immer mehr zu der wieder stark aufstrebenden N.S.D.A.P. ab, bei der sich mehrere Oberland-SA-Stürme bildeten. Die Nationalsozialisten warben eifrig um das wertvolle Menschenmaterial des Bundes.

Die politische Führung unter Dr. Weber war unsicher und wenig zielbewußt. Wie der seinerzeitige militärische Leiter des Bundes, General Aechter, dem Verfasser in einer längeren Unterredung erklärte, wußte damals überhaupt niemand, wo „Oberland“ überhaupt hingehöre. Anlässlich des Volksbegehrens gegen den Youngplan (1929) beschloß die Bundesleitung die Einzeichnung — Dr. Weber als einziger war dagegen. Kurz darauf trat Weber zurück, und am 6. Dezember 1929 wurde General Aechter vom Bundesrat einstimmig zum 1. Bundesführer gewählt.

In der Folgezeit gab es Konflikte mit den österreichischen Oberlandgruppen, und im Dezember 1930 legte General Aechter, der die Undankbarkeit seiner Aufgabe von vornherein erkannt und nur aus soldatischem Pflichtgefühl die Wahl angenommen hatte, die Bundesführung nieder, und man wählte mit 41 gegen 40 Stimmen den Österreicher Fürst Starhemberg zum 1. Bundesführer. Starhemberg kümmerte sich um die Bundesführung überhaupt nicht, und so war es kein Wunder, daß der Bund immer mehr verfiel.

General Aechter erklärte schließlich seinen Austritt, und die sämtlichen fränkischen Oberlandgruppen schlossen sich ihm an. Es entstanden die „Oberlandkameradschaften“, die sich aus früheren Oberländern zusammensetzten, die der jetzigen Bundesführung die Gefolgschaft verweigern. Am 2. Februar 1931 fand in Nürnberg eine große Tagung der Oberlandkameradschaften statt. General Aechter stellte sich an ihre Spitze. In der Folgezeit hat die Austrittsbewegung noch weiter um sich gegriffen.

Die Oberlandkameradschaften haben sich der Widerstandsbewegung angeschlossen und bilden deren Kerntruppe. Über den Sinn der Widerstandsbewegung schreibt ihr Führer Ernst Niekisch: „Überall dort, wo Deutsche noch nicht dem Versailler System erlegen sind, überall dort, wo Deutsche zum Aufstand gegen Versailles und seine offenen und geheimen Freunde bereit sind, steht die Widerstandsbewegung. Ihre Front zieht sich durch alle Gruppen, Bünde und Organisationen hindurch... Die Widerstandsgruppen sind selbständige, voneinander unabhängige Gebilde,

die in der Front des deutschen Widerstandes stehen... Gemeinsam als Symbol ist allen Gruppen die schwarze Fahne.“⁶ Die Widerstandsbewegung hatte bereits am 20. November 1931 gegen hundert Gruppen und Stützpunkte in allen Teilen des Reiches⁷. Hinzuzufügen ist, daß auch die Landvolkbewegung die schwarze Fahne als ihr Kampfzeichen erkor.

Der Widerstandskreis von Ernst Niekisch unterscheidet sich von den andern nationalbolschewistischen Gruppen vor allem dadurch, daß er außenpolitisch ausgerichtet ist; die Innenpolitik interessiert ihn nur in ihrer Eigenschaft als Funktion der Außenpolitik.

Ernst Niekisch, geboren am 23. Mai 1889 zu Trebnitz in Böhmen, aufgewachsen in Nördlingen in Bayern, kommt von der Sozialdemokratie her. Als Vorsitzender des Zentralrates der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Bayerns rief er die bayerische Räterepublik aus, wurde aber bald von anarchistisch-destruktiven Elementen verdrängt, die in München barbarisch hausten. Er verfolgte mit der Errichtung der Räterepublik die Absicht, „Deutschland in jener innern Unruhe zu erhalten, welche dem vorbeugte, daß Deutschland eine diskontfähige Unterschrift besaß. Da Deutschland sich sehr beeilte, zu einer solchen Regierung mit diskontfähiger Unterschrift zu gelangen, hatten es nachher die Versailler Mächte leicht, ihr Vertragswerk unter Dach und Fach zu bringen.“

Auch in der Sozialdemokratischen Partei war Niekisch ein Einzelgänger gewesen. Als sich in der sozialistischen Jugend nationale Tendenzen geltend machten, stellte sich Niekisch an die Spitze des jungsozialistischen „Hofgeismarkkreises“ der deutschen Sozialdemokratie. Später wurde er gemeinsam mit August Winnig Führer der Altsozialistischen Partei, die aber infolge der Parteitreue der Anhänger der SPD. nie eine besondere Bedeutung erlangte.

In der Widerstandsbewegung verkörpert sich der „preußische Bolschewismus“ in Reinkultur. Sehr charakteristisch für diese Einstellung sind die folgenden Gedanken aus Niekischs Schrift „Politik des deutschen Widerstandes“ über „Potsdam und Rußland“:

„Potsdam gegen Rom und seine Stellvertretungen, Preußen gegen Römisches Reich Deutscher Nation, Staat gegen Imperium, Osten gegen Abendland: das ist der Sinn der Weltwende, die uns vor Entscheidungen stellt. Potsdam ist ein geistiges und politisches Formprinzip, das sich zum europäischen Osten verhält wie römische Formkraft zur europäischen Mitte. Nur im Rahmen der Ostbewegung ist es gestaltschöpferisch.

Es gehört zu den merkwürdigen Erscheinungen, daß die Ausstrahlungen des Geistes von Potsdam in Rußland noch zeugungsfähig waren, als dieser Geist auf deutschem Boden selbst im Verröcheln war. Denn das war der Sinn der bolschewistischen Revolution: in der äußersten Todesnot griff Rußland zu der Idee von Potsdam, steigerte sie bis in ihr äußer-

⁶ Ernst Niekisch, Politik des deutschen Widerstandes, Berlin 1932, Widerstandsverlag.

⁷ Aufgezählt sind die Gruppen und Stützpunkte der Widerstandsbewegung in der Schrift von Ernst Niekisch: „Der politische Raum des deutschen Widerstandes“, Berlin 1931, Widerstandsverlag.

stes Extrem, bis ins Maßlose fast, und schuf jenen unbedingten Kriegerstaat, der sogar den Alltag unter die Regel des Feldlagers zwingt, dessen Bürger zu hungern weiß, wenn er kämpfen muß; dessen sämtliche Lebensäußerungen bis zum Bersten mit Wehrwillen geladen sind. Wie ideell vorweggenommener Bolschewismus klingen Walter Flex' Worte aus seinem „preußischen Fahneneid“:

Wer auf die preußische Fahne schwört,
hat nichts mehr, was ihm selber gehört.

„Christlicher“ Bolschewismus

Mitte Juli ging durch die Tagespresse die folgende Nachricht: „Der Politische Polizeikommandeur Bayerns hat die ‚Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands‘ aufgelöst und verboten. Bei einigen Führern wurden Haussuchungen vorgenommen. Der Reichsführer der Partei, Vitus Heller, befindet sich schon seit längerer Zeit in Schutzhaft.“¹ Die Vitus Heller-Partei nahm unter den nationalbolschewistischen Gruppen eine Sonderstellung ein, weil sie die Idee eines „christlichen Kommunismus“ vertrat.

Vitus Heller ist Franke. Bis zu seinem 27. Lebensjahr war er praktischer Landwirt, dann übernahm er, nachdem er die M.-Gladbacher Führerschule durchlaufen hatte, das Sekretariat des Volksvereins für das katholische Deutschland in Würzburg. Seine politische und geistige Wendung zum Sozialismus erfolgte während des Weltkriegs. Von nun an begann er, ähnlich wie die Sekte der „religiösen Sozialisten“, nach einer Synthese zwischen Christentum und marxistischem Sozialismus zu suchen. Das Urchristentum erschien ihm als der „einzige, wahre Sozialismus der Weltgeschichte“. Die Fehler der christlichen Kirchen sah Heller viel zu scharf; er glaubte im Christentum heutiger Praxis „das totale Versagen der reinen Christuslehre“ erblicken zu müssen. In den marxistischen Sozialforderungen sah er keinen Gegensatz zu den Lehren des Christentums. In der Folgezeit ließ sich Heller wiederholt dazu hinreißen, Bischöfe und katholische Geistliche in seinem Blatt in gehässiger Weise anzugreifen. Die maßgebenden kirchlichen Stellen haben den Weg Hellers von Anfang an als einen gefährlichen Irrweg erkannt und seine Bewegung für Katholiken verboten. Vitus Heller begegnete diesen Verboten mit dem Hinweis, daß die „Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands“ auch „christlich-radikale Volksfront“ genannt, keine religiöse und katholische, sondern eine rein politische Bewegung sei und als solche der Jurisdiktion der Kirche nicht unterliege.

Nach seiner Trennung vom Zentrum, die wegen Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art erfolgte, trug er seine „christlich-radikale“ Bewegung ins Reich und beteiligte sich in Verbindung mit der katholischen Jugendbewegung, deren Führer Dr. Ehlen er als Spitzenkandidat aufstellte, an den Reichstagswahlen. Die neue Partei brachte es auf 130 000 Stimmen, ohne jedoch ein Mandat zu erhalten.

¹ Bayrischer Kurier Nr. 197/198 vom 16./17. Juli 1933.

In seinem Programm trat Heller ein für einen Sozialismus auf nationaler und religiöser Grundlage. Außenpolitisch erstrebte seine Partei den Anschluß an Rußland und den gesamten Osten, ohne sich dabei in anderer Beziehung von Moskau abhängig zu machen. Die Deutsche Revolution betrachtet Heller, ebenso wie Otto Strasser und alle andern nationalbolschewistischen Führer, als eine „Totalrevolution“, die alle Gebiete des Lebens umfassen müsse. Weiter verlangte das Programm der nunmehr aufgelösten „Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands“ Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol, Binnenwährung mit Warenindexwährung und dem Gesellschaftlichen Umlaufgeld als Übergangsstadium zu einer Wirtschaftsform, in der der Begriff des „Kapitals“ überhaupt fällt und das Geld seinen ursprünglichen Charakter als reines Tauschmittel zurückgewinnt. In der Eigentumsfrage vertrat die „christlich-radikale Volksfront“ den Lebensbegriff: Boden als Lebensbesitz, als Mandat der Allgemeinheit für den, der ihn bebaut. Der Großgrundbesitz müsse durch Enteignung beseitigt, der deutsche Osten mit gesundem Klein- und Mittelbauerntum besiedelt werden. Die Produktionsmittel, Fabriken, Bergwerke usw. müßten in den Besitz der Arbeiter übergehen. Ein Drittel der Erträge soll — meint Heller — für die Lohnauszahlungen, ein weiteres Drittel für die Erhaltung und den Ausbau der Werke, der Rest für die Alters- und Krankenfürsorge verwendet werden.

Ebenso einschneidend sind die Forderungen der Vitus Heller-Leute auf kulturpolitischem Gebiet. „Trennung von Kirche und Staat, kein Staatskirchentum, aber auch kein Staatsfreidenkertum, volle Gewissensfreiheit für alle religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse!“ — so lautet hier ihr Leitspruch. Das entspräche etwa dem während des ersten bolschewistischen Jahrzehnts in Rußland herrschenden Grundsatz der Gleichberechtigung der religiösen mit der antireligiösen Propaganda nach vorhergegangener Trennung von Staat und Kirche sowie von Kirche und Schule und Einziehung des Kirchenbesitzes. Diese Forderung steht zu der so kräftig betonten „christlichen“ Grundeinstellung der „Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands“ in einem merkwürdigen Kontraste. Denn welcher wirkliche Christ könnte Gleichberechtigung der wüsten, in ihren Formen geradezu abscheulichen Propaganda der „kämpfenden Gottlosen“ mit der Arbeit der christlichen Kirchen verlangen? Ganz abgesehen davon, daß in einem Lande, dessen Kultur eine über tausendjährige Verbundenheit zwischen Staat und Kirche ihr Gepräge gegeben hat, allein schon die Trennung von Staat und Kirche einen ausgesprochen kirchenfeindlichen Charakter haben müßte.

Die gegenwärtige Zeit ist nicht günstig für nationalbolschewistische Gruppenbildung. Die verschiedenen Gruppen und Grüppchen, die früher den weithin sichtbaren Flammenbogen zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken bildeten, werden, soweit sie nicht in den Prozeß der Zerschlagung der marxistischen Parteien hineingezogen worden sind, ihr Dasein kümmerlich und unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit weiterfristen müssen. Mehr als das Schicksal dieser Gruppen interessiert

uns der Nationalbolschewismus als Idee, als geistige Bewegung, die, wie Albrecht Erich Günther es einmal offen aussprach, bei der heutigen Bereitschaft der Jugend zu radikalen Entscheidungen möglicherweise weitere Volkskreise erfassen kann.

Grundsätzlich ist zu der Frage des Nationalbolschewismus zu bemerken, daß jeder Nationalismus, der sein Ziel nicht ohne den Sowjetstern zu erreichen glaubt, sich selbst aufgibt und Verrat an seinem ureigensten Wesen begeht. Die von uns hier geschilderte probolschewistische Einstellung zahlreicher nationalrevolutionärer Gruppen und Kreise ist im wesentlichen zurückzuführen auf eine gänzliche Unkenntnis bolschewistischer Geistesart. Die N.S.D.A.P. hat sich, von realpolitisch denkenden Männern geführt, immer von nationalbolschewistischen Experimenten ferngehalten und 1930 auch die „politischen Wandervögel“ um Otto Strasser aus ihren Reihen entfernt. Weil sie sich ihre innere Unabhängigkeit zu erhalten wußte, ist sie heute in der Lage, den Marxismus wirksam zu bekämpfen.

Krebs und Krebsbekämpfung

Von Professor Dr. August Most.

Mit dem sonderbaren Worte „Krebs“ bezeichnet die Medizin eine der geheimnisvollsten und unheimlichsten Erkrankungen des menschlichen Organismus. Gerade in unserer Zeit hat sich diese Krankheitsform stärkste Beachtung erzwungen. Nicht nur der medizinische Praktiker und Theoretiker, der Chirurg, der Pathologe und der biologische Forscher sieht sich immer von neuem vor das Problem des Krebses gestellt. Auch den medizinischen Laien hat diese Frage in ihren Bannkreis gezogen. Weiß doch auch er um die furchtbaren Erscheinungsformen der Krebserkrankung und um die reiche Ernte, die der Tod durch sie abhält. Was der Medizin gegenüber den meisten Infektionskrankheiten, gegenüber der Diphtherie, dem Tetanus, der Tuberkulose, der Syphilis usw. in hohem Maße gelungen ist, das ist ihr bis heute gegenüber dem Krebs versagt geblieben: ein Mittel zu entdecken, das die Menschheit von dieser furchtbaren Geißel endgültig zu befreien vermöchte. Allem medizinischen Scharfsinn und allen Einzelerfolgen zum Trotz erhebt die Krebskrankheit auch heute noch — einer Hydra ähnlich — nahezu unbesiegt ihr todbringendes Haupt. Ja, sie ist zu einem stärkeren Streiter in den Reihen des Todes geworden als die Tuberkulose, die noch vor zwei Jahrzehnten die größte Volksseuche bildete.

Die gewaltige Verbreitung und Gefährlichkeit des Krebses macht ein Blick in die Statistik deutlich sichtbar.

Nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches, die Erwin Liek zitiert, kamen im Jahre 1905 auf 100 000 der Bevölkerung 70 Todesfälle durch Krebs; d. h. es war im Durchschnitt bei 36, 5 von 1000 Verstorbenen der Tod durch Krebs verursacht. Im Jahre 1914 wurden von 100 000 Lebenden bereits 80 durch den Krebs dahingerafft; auf 1000 der Gesamtsterbefälle dieses Jahres kamen 40,4 Sterbefälle durch Krebs. Im